

Könne es nun auch scheinen,

1.

als ob die angezogene §. dem Wortlaut nach ihrem Gesuche entgegengestanden habe, so überzeugt man sich doch vom Gegentheil, wenn man die Absicht des Gesetzgebers bei dieser Bestimmung, welche dahin gegangen sei, daß über bereits abgelöste Dienstbarkeiten nicht neue Streitigkeiten verursacht werden möchten, berücksichtige.

Dies passe nur auf solche Leistungen, deren Ablösung in Gemäßheit des Gesetzes wirklich zu erfolgen habe, keineswegs aber auf das ihrem Gesuche zum Grunde liegende Zwangsgefindendienstverhältniß, dessen unentgeltlicher Wegfall mit Anfang des Jahres 1835 im Gesetze ausgesprochen worden sei.

2.

Seien sie, und besonders einige unter den Petenten, außer diesen Dienstzwangsäquivalentgeldern mit Zinsen und Abgaben überlastet, so daß z. B. der Leinweber Christian Gottlieb Kaiser von seinem Besitztume, das incl. des Hauses einen Flächeninhalt von 28 □ Ruthen habe, ohne die Communallasten, über 5 Thlr. jährliche Abgabe zu entrichten habe.

3.

Es werde ihnen durch diesen Erlaß des Aequivalentes für eine Sache, die Andern unentgeltlich erlassen worden sei, doch einige Erleichterung gewährt, und das der Staatscasse dadurch erwachsene minus würde doch im Ganzen nicht mehr als 8 Thlr. 15 Ngr. betragen.

Endlich scheine auch

4.

das Recht der Gleichstellung vor dem Gesetz für ihr Gesuch zu sprechen. Angenommen, ein solches mit Dienstzwangsabgaben belastetes Haus würde zertheilt und bei Dismembration der Abgaben im Jahre 1843 in den Belehnungsurkunden, unter den Abgaben resp. 15 Ngr. oder  $7\frac{1}{2}$  Ngr. Dienstzwangsäquivalentgelder mit aufgeführt, während doch im Jahre 1836 der Dienstzwang unentgeltlich hinweggefallen sei, so würde sich dies der §. 53 des Ablösungsgesetzes gegenüber, wo das Jahr 1836 mit gespeerter Schrift gedruckt sei, übel aufnehmen.

Gestützt auf die so eben entwickelten Ansichten wendeten sie sich an die hohe zweite Kammer der Ständeversammlung mit der Bitte:

es wolle derselben gefallen, Sich dafür zu verwenden, daß die im Gesetze über Ablösung und Gemeinheitstheilung enthaltene Bestimmung von dem unentgeltlichen Wegfall des Dienstzwangs auch auf das von ihnen zeither für den Dienstzwang bezahlte Aequivalent Anwendung finden möchte, damit sie als sächsische Staatsbürger derselben Erleichterung theilhaftig werden möchten, welcher alle übrigen Rittergutsunterthanen theilhaftig gemacht worden seien.

Ob schon eigentlich das Gesuch der Petenten als Beschwerde, weil sie den Rechtsweg bis jetzt noch nicht betreten, unzulässig scheint, so kommt ihnen doch, da sie die Verwendung der Stände in Anspruch nehmen, die bisherige Kammerpraxis zu statten, und es stehen der Erörterung des Sachverhältnisses keine formale Bedenken entgegen.

In materieller Beziehung hat sich bei Prüfung des vorliegenden Gesuchs, unter Benützung des von der hohen Staatsregierung zu dem Ende erbetenen Materials ergeben, daß zwölf elsfelder Unterthanen, Karl Friedrich Michel und Genossen im Dorfe Werda, unter Concurrentz des Justizamtes Voigtsberg im Auftrage des königlichen Fiscus, im Jahre 1819 mit dem Leh-

teren ein Abkommen wegen Verwandlung des Kinderdienstzwangs in ein jährliches Dienstgeld getroffen haben. Hiernach haben gedachte 12 Unterthanen die ihnen obliegende Verbindlichkeit zu Leistung des Kinderdienstzwangs anerkannt und angelobt, statt der Leistung desselben in natura ein Geldäquivalent dafür zu bezahlen und zwar nach Verhältniß ihrer Besitzungen etc., wogegen aber deren Söhne und Töchter von Leistung des Zwangsdienstes in natura verschont bleiben. Dieses Geldäquivalent beträgt in Summa, nicht wie in der Petition gesetzt ist 8 Thlr. 12 gGr. — sondern 8 Thlr. 18 gGr.

Die Petenten behaupten, daß nach Maßgabe §. 53 des Ablösungsgesetzes, wonach der Gefindezwang im engern Sinne mit Anfang des Jahres 1836 aufhören solle, der Anspruch auf das dafür jährlich bewilligte Geldäquivalent erloschen sei, wogegen das Finanzministerium opponirt, daß hierauf §. 21 desselben Gesetzes Anwendung leide und deshalb die Petenten das Geldäquivalent auch fernerhin unverändert fortzuentrichten hätten.

Die zuerst gedachte §. 53 des Ablösungsgesetzes aber sagt: folgende Arten der Dienste bedürfen der Ablösung nicht etc. a. der ebendasselbst (Mandat vom 13. August 1830) erwähnte auf Vertrag, rechtsgültigem Herkommen oder rechtlichen Entschädigungen beruhende Dienstzwang im engern Sinne etc. Der unter b. erwähnte Dienstzwang im engern Sinne aber fällt mit dem Jahre 1836 etc. unentgeltlich weg.

Zuvörderst unterliegt keinem Zweifel, daß die in Frage befangenen Zwangsdienste zu dem Dienstzwang im engern Sinne gehören.

Der Dienstzwang der Petenten beruht ferner auf ausdrücklichem Anerkenntniß.

Es ist endlich auch nach den Worten des Gesetzes unzweifelhaft, daß dieser Dienstzwang mit dem Jahre 1836 unentgeltlich wegfallen solle.

Die Frage ist nun noch die, ob §. 21, die Verfügung der §. 53 des Ablösungsgesetzes in einer auch auf die Petenten anwendbare Weise zu beschränken beabsichtigt hat.

Es heißt aber in angezogener §.,

daß zur Zeit der Bekanntmachung des Gesetzes bereits abgeschlossene Ablösungsverträge, ohne Unterschied der Grundstücke, nach welchen die Auseinandersetzung dabei erfolgt ist, in Kraft bleiben.

Aus diesen Worten und ihrem Sinne nach muß die Frage verneint werden.

Denn Ablösung ist nach der im Gesetz §. 20 gegebenen Definition die Aufhebung eines Rechtsverhältnisses, gegen Entschädigung des Berechtigten, und diese Entschädigung ist nach dem Gesetze nur denkbar entweder durch Capitalzahlung oder durch Rentenzahlung.

Inhalts des mit dem Staatsfiscus abgeschlossenen Recesses aber haben weder die Petenten, noch der Staatsfiscus die Zwangsgefindendienste ablösen wollen.

Es ist vielmehr nur von einer Ver wandlung der Zwangsgefindendienste die Rede und das dadurch zwischen beiden hergestellte Rechtsverhältniß ist ein dem Pacht analoges Rechtsverhältniß.

Die Petenten haben dem Staatsfiscus die Zwangsgefindendienste, welche sie ihm zu leisten hatten, abgepachtet und zahlen